

## Die „teurerer Strom“-Lüge

Gerd P. Kokott  
03.05.2011

Natürlich ist das Einkommen eines Kanzlers bzw. einer Kanzlerin in Deutschland erheblich geringer, als das eines Herrn Wendelin Wedeking (Porsche) oder Herrn Josef Ackermann (Deutsche Bank). Aber dies hat Frau Merkel ja vorher schon gewusst. Dies hat sie bereits gewusst, bevor sie die Eidesformel sprach: „Schaden vom Volk abzuwenden und seinen Nutzen und Wohlstand zu mehren“. Sie liebe Leser wissen genau, wie man an das bezeichnet, wenn man einen Eid leistet und diesen dann nicht einhält.

Natürlich ist uns Bürgern klar, dass Politiker, egal welchen Couleurs, nicht vordringlich die Interessen der Bürger vertreten, sondern in erster Linie ihren eigenen Vorteil wahren. Wir sind in dieser Hinsicht einiges gewöhnt, aber was Kanzlerin Merkel abgeliefert, ist schon eine Sonderleistung im Bereich der Lobbyisten Pflege. Schon Müller, Clement und Schröder haben die Gesetze für ihr Klientel so vorbereitet, dass sie nach Ausscheiden aus der aktiven Politik nahtlos zur Wirtschaft wechseln und dort die Früchte ihres Handelns mit entsprechenden Vorstandsposten ernten konnten.

Welche Ziele Frau Merkel hier verfolgt, lässt sich noch nicht erkennen, aber sie hat mehrere Eisen im Feuer. Z.B. hat sie auf Kosten der Bürger und Steuerzahler der Hochfinanz und den Energiegiganten Milliarden Euro zugeschanzt. (Siehe "Die Griechenland Lüge" <http://krz.ch/vmNL> und "Die CO<sub>2</sub>-Lüge" <http://krz.ch/whM6>). Ein hoch dotierter Vorstandsposten in einer Bank oder einem Industriekonzern wird sicher schon für Sie bereit gehalten.

Als neuer Streich gegen die Bürger verbreitet die Kanzlerin nun die "teurerer Strom"-Lüge. Mit dieser Lüge bereiten die Politiker, allen voran die Kanzlerin, so wie die Energiemanager, die Bevölkerung schon einmal darauf vor, dass sie künftig für Licht und Wärme erheblich tiefer in die Tasche greifen müssen.

Ob die riesigen Windparks auf dem offenen Meer wirklich nötig sind, darf angezweifelt werden. In erster Linie entstehen diese Kraftwerke auf See, damit die Energiesektoren neue Einnahmequellen generieren können. Die Erforschung und die Errichtung dieser Offshore-Windparks werden mit Milliardensubventionen unterstützt. Dasselbe geschieht bei der angeblichen nötigen Errichtung von neuen Hochspannungs-Leitungstrassen. Letztendlich wird es so sein, wie es bereits bei den Atomkraft-, Gas- und Kohlekraftwerken schon ist, die Leistungsausbeute ist erheblich geringer, als bei kleinen dezentralen Kraftwerken. Dies weiß man natürlich, sogar in der Politik, aber die kleinen dezentralen Kraftwerke sind von den Energie-Monopolisten nicht so leicht zu kontrollieren.

Dank der Vereinbarungen mit der rot-grünen Regierung über die Restlaufzeiten der AKWs, haben sich viele kleine Anbieter und Stadtwerke neu gegründet und preiswerten und meist ökologischen Strom angeboten. Dies war den Energiebossen natürlich ein Dorn im Auge, also hat man Frau Merkel zitiert und ihr einen neuen Laufzeitvertrag für die Atomkraftwerke diktiert. Diese Laufzeitverlängerung hätte zwar den vier Stromkonzernen viele Milliarden von Euro in die Kassen gespült, aber auch viele der kleinen Anbieter in den Ruin getrieben.

Inzwischen beweisen viele Gemeinden, dass es möglich ist, sich energieautark zu machen. Diese kleinen Energieerzeuger produzieren zum Teil so viel ökologisch gewonnene Energie, in Form von Strom und Wärme, dass sie Überschüsse davon noch weiter verkaufen können. Bei den kleinen dezentralen Kraftwerken lohnt es sich nämlich, Abwärme an die kommunalen Einrichtungen und die umliegenden Haushalte zu liefern. Es wird hierbei eine Effizienzgrad von bis zu 90 % erreicht. Die großen Kraftwerke liegen bei einer Effizienz von etwa 30 %, da sich hier die Weiterleitung der Abwärme nicht lohnt. Diese wird umweltschädlich in die Luft geblasen oder in Flüsse abgeleitet.

Die Konsequenz daraus kann nur sein, den Stromanbieter zu wechseln. Außerdem wirken Sie bitte auf ihren Stadt- oder Gemeinderat ein, dass er, am besten zusammen mit den Bürgern, einen Energie-Nahversorgungsbetrieb gründet, oder Bürgergruppierungen bei der Gründung unterstützt.

[www.bankkunden.de](http://www.bankkunden.de) oder [www.igneuepolitik.de](http://www.igneuepolitik.de)